

Es gibt kein „Weiter so“

Russlands Aggression gegen die Ukraine zwingt uns zum Umdenken. Bis zum Erscheinen dieser Ausgabe mag die Lage in Osteuropa weiter eskaliert sein. So oder so erleben wir in Europa die größte Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg. Russland führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Damit ist bereits klar, dass alle, die in Moskau dazu beigetragen haben, vor das internationale Kriegsverbrechertribunal gestellt werden müssen.

Besonders Deutschland war naiv, hat Putins Pläne durch fahrlässiges Handeln, Stichwort Energieabhängigkeit, und fatale Fehleinschätzung Russlands, über viele Jahre massiv finanziell unterstützt. Die USA hatten früh gewarnt, ihr Flüssiggas angeboten. Ihnen wurden aber Geschäftsinteressen unterstellt. Russland hatte keine Geschäftsinteressen, sondern bereitete den Aufbau einer übermächtigen modernen Angriffsarmee vor.

Jetzt ist es zu spät. Putins Russland, das im Kaukasus schon früh und später auch in Syrien sein wahres Gesicht gezeigt hatte, 2014 die ukrainische Krim annektierte und seither einen verdeckten Krieg in der Ostukraine führte, greift aggressiv nach Westen aus. Das Ziel des Kremls ist keineswegs „nur“ die direkte oder indirekte Herrschaft über die Ukraine, die Putin vulgär als zu vergewaltigende Frau bezeichnet hat, sondern nichts weniger als ein Umsturz der europäischen Ordnung. Putin bereitet diesen seit vielen Jahren vor, nutzt jede Gelegenheit, Spannungen in Europa und im transatlantischen Verhältnis zu schüren. Russland betreibt einen Krieg der Desinformation, fördert extremistische politische Kräfte in den EU-Staaten, bevorzugt Rechtsextreme, hat seinen Anteil am Ausgang des Brexit-Referendums 2016, vielleicht auch an der US-Präsidentenwahl des gleichen Jahres.

Leider müssen wir erkennen – und das ist sehr schmerzhaft – dass wir Europäerinnen und Europäer diese Auseinandersetzung nicht nur mit dem besseren Argument werden bestehen können. Putin scheut keine Gewalt. Für ihn ist der Einsatz militärischer



Solidarität mit Kiew: Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine leuchten in vielen europäischen Ländern zentrale Gebäude und Wahrzeichen in den ukrainischen Farben blau und gelb. Das alleine reicht aber nicht. Dass nach fast 80 Jahren Frieden nun wieder Krieg in Europa geführt wird, schockiert. Die Zeit zum Umdenken und Handeln ist gekommen.
Foto: Europäische Union 2022

Machtmittel immer dann eine Option, wenn sie ihm Vorteile verspricht. Es gibt für ihn keine ethischen Haltelinien.

Die Einsicht, die uns dies alles aufzwingt, ist enorm schwierig: Europa, die Europäische Union, wird nur dann sicher vor einem aggressiven russischen Revisionismus sein, wenn der nukleare Schutzschirm, unter dem Europa steht, weiter Bestand hat. Das ist nur solange der Fall, wie die NATO nicht für obsolet erklärt wird – oder die EU, horrible dictu, eine eigene nukleare Abschreckung hat. Nichts sonst wird den Kreml davon abhalten, demnächst etwa einen Korridor durch das schon halb verdaut Belarus nach Kaliningrad einzufordern, die baltischen Republiken vom Rest der EU abzuschneiden, Moldawien zu annektieren, immer weiter auszugreifen.

Schwere Wirtschaftssanktionen sind unumgänglich, selbst wenn sie auch uns in Deutschland und Europa schaden. Sie allein werden aber nicht ausreichen, den Aggressor zu stoppen. Die Haltelinie wird erst da sein, wo die militärische Abschreckung wirkt.

Den Zerfall der Sowjetunion hat der ehemalige KGB-Agent Wladimir Putin als tiefe Kränkung erfahren. Nicht nur für ihn, sondern vermutlich für viele Mitglieder seines

Machtapparates war die Implosion des sowjetischen Imperiums 1989 bis 1991 „die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Was bedeutet das alles für die Europa-Union? Wir sollten uns mit der UEF stark machen, die ukrainischen zivilgesellschaftlichen Kräfte nach Lage der Dinge im Exil, besonders in Deutschland, zu unterstützen. Über unsere überparteilichen politischen Möglichkeiten können wir konkrete Hilfe für deren Arbeit organisieren. Politisch müssen wir darauf drängen, dass Europa nun endlich zusammensteht und, solange es noch frei und selbstbestimmt ist, zu einer einigen und wehrhaften Politischen Union wird.

Deutschland kann nicht so weitermachen wie bisher. Es muss seinen Worten Taten folgen lassen und seiner Verantwortung als Europas größte Volkswirtschaft auch für Europas Sicherheit gerecht werden. Europa ist die Abkehr vom Nationalismus. Denn Nationalismus bedeutet Krieg, und unsere „Europa“ [sic!] hat ein friedvolles Wesen. Sie darf sich aber nicht wehrlos machen. Sonst könnte ihr eines Tages drohen, dass ein Autokrat sie als „seine Schöne“ ansieht.

Christian Moos,
EUD-Generalsekretär

#StandWithUkraine

Solidarität mit der Ukraine und weitere Maßnahmen



Das Präsidium der Europa-Union Deutschland und der Bundesvorstand der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland verurteilen in einer Stellungnahme vom 1. März 2022 den Angriffskrieg des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, auf das Schärfste. Darin heißt es weiter:

Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung, über die dieser Krieg unsägliches Leid bringt, sowie auch all derjenigen, die sich in Russland und Belarus für Frieden, Demokratie und Freiheit einsetzen. Nicht erst jetzt, aber in neuer Intensität, greift der russische Präsident mit diesem Krieg auch die Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa an, die auf den Prinzipien der UN-Charta, des weiteren Völkerrechts und der Europäischen Menschenrechtskonvention beruht. Unter keinen Umständen dürfen dieser Angriffskrieg und die Unfreiheit sowie der Bruch des Völkerrechts, für die er steht, erfolgreich sein. Denn auch in anderen Regionen, beispielsweise dem Westbalkan, sind Putin und seinesgleichen aktiv.

Putins Krieg muss, zuvorderst zum Schutz und zur Unterstützung der Menschen in der Ukraine, eine entschlossene Antwort all jener Staaten zur Antwort haben, die sich den Prinzipien des Friedens, der Freiheit, der UN-Charta und der Menschenrechtskonvention verpflichtet sehen. Es braucht eine eindeu-

tige, schnelle und harte Reaktion gegen Wladimir Putin und sein Machtsystem und gleichzeitig eine schnelle, unkomplizierte und effektive Unterstützung der Ukraine und ihrer Bevölkerung.

Wir unterstützen die bisher getroffenen Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, der Europäischen Union und der NATO. Darüber hinaus sprechen wir uns aus für:

- die Aufrechterhaltung und erforderlichenfalls weitere Verstärkung wirksamer Sanktionen gegen Putin und sein Umfeld,
- eine drastische Reduzierung der Gas- und Ölimporte aus Russland, denn der Einsatz für Frieden und Freiheit darf kein Preisschild haben, wobei die sozialen Auswirkungen in der gesamten EU berücksichtigt werden sollten,
- keine Zugeständnisse der NATO und ihrer Mitglieder beim Recht der Ukraine, ihre Bündnisse selbst zu bestimmen,
- eine Intensivierung des Beitritts- und Kandidatenprozesses für alle Westbalkan-Staaten, in denen der Einfluss von Drittstaaten seit Jahren beständig zunimmt,
- eine schnellere und nachdrücklichere Stärkung der Energiesouveränität und Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern in der EU, wobei das insbesondere für solche gilt, die aus Ländern importiert werden, die nicht zu den Prinzipien der UN-Charta, des

Völkerrechts und der Europäischen Menschenrechtskonvention stehen,

- effektive nächste Schritte zum weiteren Aufbau einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur in der EU, inklusive vetofreier Entscheidungsmechanismen, wobei die transatlantische Freundschaft besonders berücksichtigt werden muss und auch aktuell insbesondere die Interessen der östlichen NATO-Mitgliedstaaten,
- schnelle Hilfsmaßnahmen für eine menschenwürdige und unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten,
- kurzfristig mindestens eine Million Euro für das Europäische Jugendwerk des Europarats durch die deutsche Bundesregierung für die Arbeit und zur Unterstützung von ukrainischen Jugendorganisationen und perspektivisch für eine nachhaltig intensivierte und verstärkte Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft in der Ukraine,
- die konsequente weitere Anwendung der Uniting for Peace Resolution auf Ebene der Vereinten Nationen,
- eine Unterstützung der Zivilgesellschaft in Russland, die sich für Frieden, Demokratie und Freiheit einsetzt, sowie langfristige Perspektiven für eine Zusammenarbeit mit einem Russland, welches das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die UN-Charta, die Menschenrechtskonvention und die Unverletzlichkeit von Grenzen in vollem Umfang achtet. ■



Foto: Commons 1.0 Leonhard Lenz

Vielerorts finden derzeit Solidaritätskundgebungen mit der Ukraine statt. Schließen Sie sich an und bringen Sie Ihre Freunde mit! Zeigen wir als Europäische Föderalisten „Flagge“, demonstrieren wir gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen für den Frieden, für die Ukraine und gegen Putins Krieg – vor Ort und bei digitalen Aktionen!

Unterstützen Sie lokale Hilfsinitiativen oder spenden Sie an anerkannte Organisationen, die Nothilfe im Kriegsgebiet und für Menschen auf der Flucht leisten! Wer konkret helfen möchte, erhält Informationen zu Spendenmöglichkeiten auf der EUD-Webseite. ■

#NoVeto!

Schaffen wir die Blockadepolitik in der EU ab!

Gemeinsam rufen Europa-Union Deutschland, Junge Europäische Föderalisten (JEF) Deutschland, Pulse of Europe und Alliance4Europe die #NoVeto-Kampagne ins Leben. Anlass dafür ist die Konferenz zur Zukunft Europas (Conference on the Future of Europe, CoFoE). Dort möchten wir eine zentrale Forderung unserer Verbände platzieren: Die Zukunftskonferenz soll die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips bei Entscheidungen im Rat der EU beschließen!

Selbst der kleinste Mitgliedstaat kann mit seiner Blockade wichtige Entscheidungen, die eine Mehrheit der Länder zum Wohle von über 400 Millionen Europäerinnen und Europäern treffen will, verhindern. Das ist allein in den letzten Jahren über ein Dutzend Mal passiert. Wir möchten verhindern, dass einzelne Staaten weiterhin Fortschritte in der Umwelt-, Steuer- oder Außenpolitik der EU aufhalten, die für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger Europas vorteilhaft wären.

Im Plenum der CoFoE diskutieren derzeit zum ersten Mal seit über 15 Jahren Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Bürgerschaft über Reformen, die die Europäische Union grundlegend verändern könnten. Das ist *die* Gelegenheit, um Bürgerinnen und Bürger von unserem Reformvorhaben zu

überzeugen und es mit den Delegierten gemeinsam auf die politische Agenda zu setzen.

Wir kämpfen dafür, dass die Forderung zur Abschaffung der Einstimmigkeit im Abschlussdokument verankert wird. Mehr noch: Die führenden Köpfe der Zukunftskonferenz sollen sich hinter unsere Forderung stellen. Dieses Ziel können wir mit einer gemeinsamen Anstrengung erreichen.

Was wir aber auch verändern können, das ist die Art und Weise, wie über das Einstimmigkeitsprinzip gesprochen wird. Meistens ist vom „Veto-Recht“ die Rede. Aber ist das denn wirklich ein Recht? Sollte einer einzelnen (!) Regierung wirklich ein Veto in der EU-Gesetzgebung zustehen? Oder handelt es sich nicht eher um ein überholtes Privileg von nationalen Regierungen, das fast ausschließlich für nationales innenpolitisches Taktieren oder für Drohgebärden genutzt wird?

Für uns ist klar: Die Abschaffung des Vetos stärkt die europäische Demokratie und kann schmerzhaft Blockaden vermeiden. Lasst uns daher vom „Veto-Privileg“ oder auch „Blockadeprivileg“ sprechen. Wir machen deutlich, dass das Veto kein konstruktives Instrument, sondern eines der Verhinderung ist. Wenn wir die Zukunft Europas



aber demokratisch gestalten wollen, dann bleibt kein Platz für die Blockadepolitik vergangener Jahrzehnte.

Wie können Sie helfen?

Sorgen Sie jetzt mit Ihrer Spende dafür, dass wir kraftvoll in der Öffentlichkeit für unser Vorhaben werben und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchführen können.

Spendenkonto-Inhaber:

Alliance4Europe

IBAN: DE60 7002 0270 0033 2662 78

Verwendungszweck: #NoVeto

Teilen Sie unsere #NoVeto-Forderung und gewinnen Sie weitere Unterstützerinnen und Unterstützer. Materialien und Möglichkeiten finden Sie unter: www.noveto.eu

*Linda Bottin und Manuel Gath,
Mitglieder NoVeto-Kampagnenteam*



Mitreden: Bei den Bürgerpanels der Zukunftskonferenz wie hier in Maastricht am 12./13. Februar kann man seine Vorschläge einbringen. Die NoVeto-Kampagne will das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU abschaffen. Fotos: Europäische Union 2022

Europäisch leben, europäisch wählen!

Mehr Demokratie durch ein neues europäisches Wahlrecht?

Die Initiative kam aus Hamburg, organisiert wurde gemeinsam: Am 24. Januar wurde in ganz großer Runde zum Europäischen Wahlrecht diskutiert. Beteiligt waren die Kreisverbände Frankfurt/Main, Kassel, Aachen, Diepholz, Schwerin sowie die Landesverbände Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und die JEF Hessen. Es stand ein Thema zur Debatte, dass uns schon rund ein Jahrzehnt bewegt: Wie kann das Wahlrecht der EU so verändert werden, dass die Demokratisierung der EU spürbar gefördert wird? Es geht dabei besonders um die Rolle, die transnationale Wahllisten mit Spitzenkandidaten der Europäischen Parteien spielen.

Vier Europaabgeordnete, die mit dem Thema besonders intensiv befasst sind, trugen Ihre Standpunkte vor und beantworteten Fragen aus dem Kreis der rund 140 Teilnehmenden: Prof. Dr. Sven Simon – EVP (CDU), Damian Boeselager – Greens/EFA (Volt), Gabriele Bischoff – S&D (SPD) und Svenja Hahn – Renew Europe (FDP). Einführend fasste der Politikwissenschaftler Manuel Müller den aktuellen Stand der Debatte zusammen. Die schwierige Aufgabe der Neuordnung des Europawahlrechts, die ja nach gegenwärtiger Rechtslage im Europäischen Rat einstimmig angenom-

men wird und von allen Mitgliedsländern national Zustimmung finden muss, ist eine aktuelle Herausforderung, die auch von der EU-Zukunftskonferenz thematisiert und eingefordert wird. Das Ziel ist, durch eine Europäisierung der Wahlen zum EP den Reformprozess der EU voranzutreiben und einen „Legitimationspakt“ der EU abzuschließen. Dadurch wird ein „Europäisches Wahlvolk“ entstehen, die Europäischen Parteien werden politisch gestärkt und öffentlich sichtbarer. Sophie Pornschlegel, Senior Policy Analyst beim Brüsseler Think Tank European Policy Centre (EPC) und Projektleiterin von Connecting Europe, eines gemeinsamen Projekts des EPCs und der Stiftung Mercator, moderierte die folgende Diskussion. Übereinstimmung gab es bei den Experten darüber, dass der Zeitpunkt für das Vorhaben günstig ist. Innerhalb der EU erkennen immer mehr, dass man mit den bisherigen Verfahren nicht mehr weiterkommt. Ob die notwendige Wahlrechtsänderung bereits zu den nächsten Europawahlen 2024 wirksam werden könnte, wurde zum Teil skeptisch gesehen, aber eventuell könnte wenigstens eine Art „Pilotprojekt“ realisiert werden. Viel wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, nationale und europäische Interessen in Übereinstimmung zu bringen. Ein guter Kompromiss

wird erforderlich sein, mit dem eine kluge Kombination von nationalen und transnationalen Listen entstehen kann. Perspektivisch muss sich innerhalb von Reformschritten die politische Kultur in der EU insgesamt verändern. Dazu gehört auch, dass die europäischen Parteiengruppierungen sich zu echten europäischen Parteien



Grafik: Lars Becker / EUD Hamburg

entwickeln, die über ein einheitliches Parteiprogramm verfügen, das national von ihren Mitgliedern entsprechend wirksam vertreten wird. Auf diesem Weg sind noch manche Hürden zu überwinden.

Offene Fragen sind zum Beispiel: Wie kommen die transnationalen Listen zustande? Wie spiegeln sich in einer solchen Liste die unterschiedlichen ideologischen Plattformen wider, die die Wähler bisher gewöhnt sind? Wie können die Interessen der kleineren Mitgliedsländer der EU nach Gleichberechtigung gewahrt bleiben? Wodurch kann man verhindern, dass die gewählten Europaabgeordneten praktisch in zwei Gruppen eingeteilt werden, wenn über ihre Wahl die Erststimme bzw. die Zweitstimme entschieden hat? Sicher ist: Es kann keine wirkliche europäische Stimmung in der Bevölkerung geben, wenn es nicht gelingt, ein starkes europäisches Bewusstsein zu schaffen. Erst im Zusammenhang mit der Entwicklung einer europäischen Identität wird es möglich sein, ein aktives europäisches Wahlvolk heranzubilden. Noch ist man auf EU-Ebene nicht in allen ihren Führungsorganen so weit, den Weg zu funktionierenden und die Gleichberechtigung wahrenden transnationalen Listen konstruktiv und gemeinsam zu beschreiten. Aber: Die Zeit drängt!

Prof. Dr. Joachim Gasielki



Der Plan: Ins EP (hier der Sitz in Brüssel) sollen die Abgeordneten künftig über transnationale Listen einziehen.
Foto: European Union 2021 – EP/SCHMITT

Flexibilität in der Kontinuität

„Wir müssen reden! – und zwar miteinander statt übereinander.“ Dieses Motto prägt die Bürgerdialoge der Europa-Union Deutschland seit 2014. Mit unserer Veranstaltungsreihe bieten wir Bürgerinnen und Bürgern eine Gesprächsplattform, um in interaktiven Formaten mit Expertinnen und Experten auf Augenhöhe über die Zukunft Europas zu diskutieren – bundesweit und seit vergangenem Jahr auch über nationale Grenzen hinweg.

Auch 2021 verlangte uns die COVID-19-Pandemie eine große Flexibilität ab. So mussten wir erneut eine Vielzahl unserer Bürgerdialoge digital umsetzen. Dabei bestimmten Themen wie die Bewältigung der Pandemie, der wirtschaftliche Wiederaufbau sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Agenda. Gleichzeitig standen wir im letzten Jahr vor der Herausforderung, die Konferenz zur Zukunft Europas und ihre Themen in die Breite der Gesellschaft zu tragen – was uns mit über 50 eingespeisten Forderungen der Teilnehmenden auf der digitalen Plattform

durchaus gelang (siehe Grafik).

Vielfältige Dialogformate und der Austausch auf Augenhöhe sind nach wie vor Herzstück unserer Bürgerdialoge. Das Konzept haben wir im letzten Jahr um grenzüberschreitende Veranstaltungen erweitert: So fanden vier Bürgerdialoge mit Teilnehmenden aus mehr als 15 Ländern statt. Zwei davon waren als Jugenddialoge verfasst.

Insgesamt haben wir 12 zentrale Bürgerdialoge in Kooperation mit unserem breiten Partnernetzwerk organisiert sowie 20 dezentrale Nachbarschaftsgespräche gemeinsam mit unseren Kreis- und Landesverbänden. Dadurch erreichten wir nahezu 2.000 direkte Teilnehmende. Ihnen standen im Rahmen der Gesamtreihe 64 Mitwirkende aus Politik und Wissenschaft Rede und Antwort.

Online- und Präsenzformate haben, so unsere Erfahrung, beide Vor- und Nachteile. Online-Veranstaltungen ermöglichen

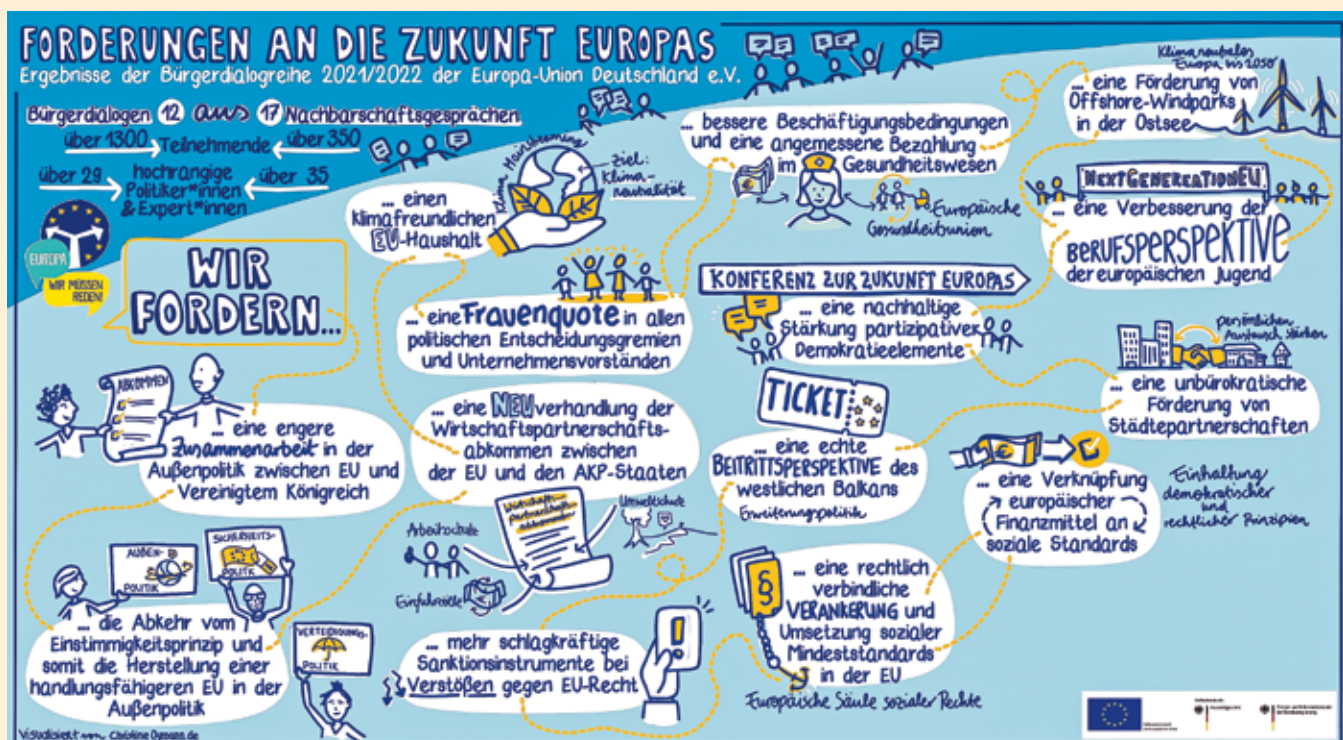
eine höhere Verfügbarkeit von Mitwirkenden, die Ansprache neuer Zielgruppen im gesamten Bundesgebiet sowie einen vereinfachten Zugang für Interessierte. Der persönliche Austausch während und nach der Veranstaltung wiederum ist eine der größten Stärken von Präsenzformaten. Zudem ist die Presseresonanz durch die lokale Anbindung im Vergleich deutlich höher.

Unser Fazit nach zwei Jahren Pandemie:
Durch die Kombination beider Formate
können wir die größte Reichweite erzielen
und möglichst viele Menschen dort an-
sprechen, wo Europa beginnt, nämlich vor
Ort bei jedem und jeder von uns.

Davon lassen wir uns auch leiten bei der Planung unserer Bürgerdialoge 2022. Neben grenzüberschreitenden digitalen Formaten sollen örtliche Veranstaltungen gemeinsam mit unseren Kreis- und Landesverbänden umgesetzt werden.

Bei Fragen oder Anregungen zu den Bürgerdialogen schreiben Sie uns gerne unter buergerdialoge@europa-union.de.

Larissa Montag und Johannes Kohls,
Projektteam EUD-Bürgerdialoge



Baden-Württemberg

Europa trifft SWR

Wie wird eigentlich über Europa berichtet? Unter dem Titel „Europa trifft SWR“ bot der Sender der Europa-Union, den Jungen Europäern – JEF, dem Landeskomitee der Europäischen Bewegung, dem Bund der Vertriebenen (BdV), den kommunalen Landesverbänden und weiteren Europa-Akteuren die Gelegenheit, Einblicke in die Berichterstattung zu nehmen und sich mit den Verantwortlichen direkt auszutauschen.

SWR-Intendant Kai Gniffke eröffnete die virtuelle Begegnung und betonte, dass der SWR es als Teil seines öffentlich-rechtlichen Auftrags sehe, über Europa und die EU zu berichten. Unter der Moderation von Hendrike Brenninkmeyer stellten Ulli Neuhoﬀ (stv. Leitung SWR Auslandsredaktion), Reinhard Baumgarten (Redaktion Europamagazin), Esther Saoub (Leitung Religion und Welt), Peter Heilbrunner (Leitung Multimediale Aktualität BW und ehemaliger Auslandskorrespondent im ARD Studio Brüssel) sowie Christoph Ebner (Leitung SWR Studio Freiburg und damit u. a. verantwortlich für das trinationale Format „Dreiland“) ihren jeweiligen Bereich vor. Im Anschluss bestand für die Teilnehmenden ausführlich Gelegenheit zum Austausch. Die Vertreterinnen und Vertreter der Europaverbände betonten, wie wichtig die Berichterstattung über europäische Politik mit ihren Auswirkungen auf das Land in allen SWR-Angeboten sei und wiesen auf die derzeit laufende Zukunftskonferenz hin. Zudem ermunterten sie die Verantwortlichen des SWR, auch mehr über das ehrenamtliche Engagement für Europa in Baden-Württemberg zu berichten und dabei insbesondere die Aktivitäten im Jugendbereich in den Blick zu nehmen.

Sie warben auch dafür, noch mehr über die Nachbarn in Frankreich und der Schweiz, aber auch im Donauraum zu berichten. Für diese Anregungen zeigten sich die Verantwortlichen des SWR offen und betonten, dass es wichtig sei, die europäischen Themen mit Personen und konkreten Fragen zu verbinden. Sie seien für Anregungen und Themen immer dankbar. Der von Europa-Union und BdV entsandte SWR-Rund-



*Gelungener Austausch: Virtuell wurde über die Europaberichterstattung des SWR diskutiert.
Foto: SWR*

funkrat Daniel Frey und SWR-Verwaltungsrätin Andrea Krueger, die die Begegnung angestoßen hatten, waren sich mit allen Teilnehmenden einig, dass es ein sehr gelungener Austausch war, und dankten SWR-Intendant Kai Gniffke und der Redaktion für diese Gelegenheit.

Gemeinsame Sitzung

Die Landesvorstände der Europa-Union und der Jungen Europäer – JEF BW trafen sich in einer gemeinsamen, virtuellen Sitzung, um sich intensiv über die zentralen Themen im auslaufenden Jahr 2021 auszutauschen sowie das neue Jahr zu planen. Neben verschiedenen Veranstaltungsformaten ging es dabei vor allem um die Mitgliederentwicklung der Verbände sowie um die geplante Landesversammlung bzw. den Landesausschuss der Jungen Europäer – JEF BW im kommenden Jahr. Der gemeinsamen Sitzung war eine Landesvorstandssitzung der Europa-Union Baden-Württemberg vorgeschaltet.

Taskforce gestartet

Bei ihrer gemeinsamen Landesvorstandssitzung beschlossen Europa-Union und Junge Europäer – JEF die Einsetzung einer Taskforce Verbandsentwicklung. Ziel ist es, gemeinsam die Situation der Europaverbände vor Ort in den Land- und Stadtkreisen in Baden-Württemberg zu analysieren und gezielte Aktivitäten zu entwickeln, wie bestehende Kreisverbände unterstützt und „weiße Flecken“ beseitigt werden können. Mit einer ersten virtuellen Sitzung im Januar 2022 ist die Taskforce

erfolgreich gestartet. Vereinbart wurde u. a. ein Arbeitsprogramm für 2022.

Präsent beim Parteitag

Mit einem gemeinsamen Infostand von der Europa-Union und den Jungen Europäer – JEF beim Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Mannheim konnte die Reihe der Infostände fortgesetzt werden. Auch im Jahr 2022 planen beide Verbände wieder Infostände bei den Parteitagen.

Junge Europäer – JEF

Bürgerdialog zur Konferenz zur Zukunft Europas: In einem virtuellen Bürgerdialog gab es Gelegenheit, Zwischenbilanz der Konferenz zur Zukunft Europas zu ziehen. In drei parallelen Workshops zu den Themen institutionelle Reformen mit einem Fokus auf das europäische Wahlrecht, Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit sowie Migration diskutierten wir mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten für das jeweilige Fachgebiet. Zu Gast waren Joachim Wilcke, Büroleiter von Damian Boeselager MdEP (Voll), Christian Beck, akkreditierter Assistent von Daniel Freund MdEP (Grüne), und Jeanette Süß, European Affairs Manager bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Brüssel. Die Workshops sowie die anschließende Diskussion im Plenum zeigten, dass zu den verschiedenen Themen viel Gesprächsbedarf besteht.

Straßburger Gespräche: Die 33. Straßburger Gespräche der JEF Oberrhein hatten das Schwerpunktthema „Der Rhein – ein europäischer Fluss“. Nach einem Eröffnungsdinner am Freitagabend wurden tags darauf die verschiedenen Aspekte des Themas in Workshops behandelt. Anschließend fand eine Podiumsdiskussion statt. Die Konferenz zur Zukunft Europas wurde am Sonntag in Workshops behandelt.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Hessen

Schwalm-Eder

LEADER-Projekte im Schwalm-Eder-Kreis: Von Anfang an unterstützt der Kreisverband die Idee und die konkreten Projekte der EU-Regionalförderung in der LEADER-Arbeit. Dabei gehören die Städte und Gemeinden des größten hessischen Flächenkreises zu fünf verschiedenen LEADER-Einheiten, die grenzüberschreitende Strukturen bilden, z. B. Kellerwald oder Knüll. Komplette im Landkreis liegt nur die Gruppe Schwalm-Aue mit ihren sechs Kommunen, von denen vier zugleich langjährige Mitglieder der Europa-Union sind.

„Auf diese Weise kommt Europa zu den Menschen, die vor Ort spannende Vorhaben entwickeln und mit finanzieller Unterstützung verwirklichen können“, erläutert die Kreisvorsitzende Marianne Hühn (Oberaula). An den öffentlichen Workshops haben sich immer Vereinsmitglieder beteiligt, zurzeit laufen coronabedingt die Themenkonferenzen – z. B. über Bioökonomie und Regionale Wertschöpfung – nur per Zoom. Bei wöchentlichen offenen Montagstreffen im Europa-Bürgerbüro Schwalmstadt informiert der Kreisverband über den Fortgang der Planungen für die Förderperiode 2023 bis 2027 und greift Anregungen auf.

Kassel

Bürgerbegegnung im September: 2018 wurde die 1. Europäische Bürgerbegegnung (EBB) mit mehr als 150 Europäerinnen und Europäern in Kassel erfolgreich durchgeführt. Vier Tage lang lernten die Teilnehmer sich bei Workshops zu den unterschiedlichsten Themen kennen. Bei den gemeinsamen Abendessen und der Europa-Party wurde zusammen gelacht, gefeiert und getanzt. Vier Jahre später gibt es ein Wiedersehen: Die 2. EBB wird vom 1. bis 4. September parallel zur documenta stattfinden. Es gibt also gleich zwei Gründe, nach Kassel zu kommen: Alle Europäerinnen und Europäer sind herzlich eingeladen!

Die Planung der Workshops und des Rahmenprogramms ist in vollem Gange. Es wird genauso vielfältig und abwechslungsreich wie das letzte – versprochen! Alle aktuellen Informationen zum Programm gibt es auf der Website: www.kassel-ebb.eu

Wiesbaden/ Rheingau-Taunus

Jahresprogramm: „Wir wollen mehr sichtbares Engagement für unser geeintes Europa“, so Kreisvorsitzender Peter H. Niederelz bei der Vorstellung des Programms für das 1. Halbjahr 2022.

Gestartet wird ein neuer „Wettbewerb der Kommunen für Europa“. Ende des Jahres wird es dann eine Europäische Preisverleihung geben. Eine unabhängige Jury wird die Kommunen in der Region hinsichtlich ihres europäischen Engagements bewerten. An die beste wird die Europa-Lilie verliehen. Die schlechteste erhält die Europa-Distel. Im Moment zeichneten sich zum Beispiel Eltville, Rüdeshheim, Idstein und auch Taunusstein positiv aus, so Niederelz.

Der unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehende Europäische Wettbewerb läuft auch in der Region. Die Europa-Union unterstützt und hofft auf viele teilnehmende Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer.

Die erfolgreiche Veranstaltungsreihe mit Botschaftern aus aller Welt wird ab März 2022 unter den dann geltenden Coronabestimmungen fortgesetzt. Erwartet werden die Botschafter von Ungarn, Litauen, Äthiopien und der Tschechischen Republik sowie der Russischen Föderation.

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, Wiesbaden den Ehrentitel Europastadt zu verleihen, ging eine jahrelange Forderung der Europa-Union in Erfüllung. „Jetzt geht es darum, diese neue Ehre mit sichtbarem Leben zu erfüllen“, so der KV-Vorsitzende.

Am Tag der Befreiung Wiesbadens vom Nazi-Terror durch die Amerikaner soll es ein großes Europa-Tauffest geben. Zentraler Treffpunkt sollen der Europa-Baum und der Marktplatz sein. „Wir hoffen, dass die Coronabedingungen dies dann zulassen“, sagte Peter Niederelz. Auch soll ein Bus mit dem Europa-Logo durch die Stadt und Region fahren.

Die Europa-Union erwartet zudem die baldige Eröffnung des neuen Europa-Büros bei der Stadtverwaltung, ebenfalls seit Jahren gefordert.

Die geplante Informationsreise in die Partnerregion Hessens in Polen wurde verschoben. Sie ist jetzt für den Sommer 2022 vorgesehen.

„Wir brauchen mehr Engagement für unser geeintes Europa, weil nur dies unsere Demokratie und Freiheit in der globalen Welt schützt und wir und unsere Nachkommen nicht eines Tages nach der Pfeife anderer Mächte tanzen wollen“, sagte Peter Niederelz abschließend.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf



Europastadt Wiesbaden: Kurhaus mit Brunnen

Foto: Frederic Diercks / pixabay

Hamburg

Europa verankern!

Hamburg ist das letzte Bundesland, dass keinen Europabezug und kein klares Bekenntnis zur europäischen Integration in der Landesverfassung stehen hat. Höchste Zeit, dies zu ändern! Klar ist jetzt schon, dass Hamburg nachziehen wird. Seit letztem Jahr wird eine Verfassungsänderung diskutiert. Ausgangspunkt war ein Vorstoß der Abgeordneten André Trepoll (CDU), Mathias Petersen (SPD) und Farid Müller (Grüne), die in der Hamburger Verfassung ein Bekenntnis gegen Antisemitismus, Nationalismus und Extremismus ergänzen wollten. Seit Anfang dieses Jahres berät nun der Verfassungsausschuss der Bürgerschaft diesen Vorstoß sowie weitere Themen, wie etwa die Frage, ob in der Verfassung Grundlagen für ein Parité-Gesetz gelegt werden sollen. Auch der Europabezug soll bei der anstehenden Änderung in der Präambel ergänzt werden. Es wäre die dritte Veränderung der Präambel seit Inkrafttreten der Verfassung im Jahre 1952.

Als Hamburger Landesverband werden wir erfreulicherweise nicht mehr für das grundsätzliche Ob streiten müssen. Gleichwohl gilt es, den Prozess kritisch zu begleiten. Es macht einen Unterschied, ob die EU nur aufzählungsartig erwähnt wird oder ob es ein klares und eindeutiges Bekenntnis



Hamburgs Bürgerschaft beschließt hoffentlich bald, Europa in der Landesverfassung zu verankern.

Foto: Moritz Kindler / Unsplash

zur europäischen Integration geben wird. Spätestens mit der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon, der zu direkten Mitwirkungsrechten der Bundesländer gegenüber Organen der EU und zu einer verstärkten Integrationsverantwortung der Bundesländer geführt hat, sollte klar sein, dass auch die Landesverfassung diese rechtlichen Entwicklungen aufgreifen sollte. Hamburg muss die eigene Verantwortung für die europäische Integration unterstreichen.

Wir sind zuversichtlich, dass die Bürgerschaft eine gute Lösung finden wird. Sehr schade wäre es allerdings, wenn diese Än-

derungen vor dem Hintergrund umstrittener Themen, wie etwa der Verankerung von Grundlagen für ein Parité-Gesetz, untergehen würde. JEF und Europa-Union werden deshalb die Diskussionen in den kommenden Monaten unter dem Motto „Europa verankern!“ konstruktiv begleiten. Hierfür haben wir ein paar kreative Ideen, mit denen wir auch auf mediale Resonanz hoffen. Mitglieder, die vor Ort aktiv dabei mitwirken möchten, wenden sich bitte an merle.andraschko@europa-union-hamburg.de oder lars.becker@europa-union.de.

Verantwortlich: Lars Becker

Thüringen

Viel geplant

Auch im Jahr 2022 möchten wir als Landesverband aktiv bleiben, um europäische Themen in unserem Bundesland in den Mittelpunkt zu rücken. Dazu haben wir eine vielfältige Veranstaltungsplanung erstellt, die zahlreiche Themen beinhaltet, die aktuell relevant sind. Dazu gehört zum Beispiel die europapolitische Ausrichtung der neuen Bundesregierung, die uns beschäftigen wird. In einer Online-Diskussion möchten wir ausloten, wie die Pläne der Regierung zu bewerten

sind und wie die föderalistische Perspektive darauf ist. Ebenso werden im Laufe des Jahres unsere erneute Beteiligung am Europafest der Staatskanzlei im Frühjahr sowie die neuerliche Unterstützung des World-Cleanup-Days bei uns vor Ort im September eine Rolle spielen.

Auch weitere Schwerpunkte der vergangenen Jahre bleiben für uns wichtig: Durch eine Gesprächsreihe mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von Thüringer Städten möchten wir weiterhin die Verknüpfungen von Europa mit der lokalen Ebene aufzeigen. Zudem bleibt die Planung von Aktionen mit Schulen auf unserem Radar.

Neuer Geschäftsführer

Bei all diesen Aktionen und Plänen freuen wir uns über jede Unterstützung, die wir bekommen können. Deswegen ist es für uns auch ein toller Schritt, nun erstmals einen Landesgeschäftsführer für die Europa-Union Thüringen gewonnen zu haben: Patrick Hintsche wirkt in Zukunft bei allen Aktivitäten tatkräftig mit und entlastet so den ehrenamtlich arbeitenden Landesvorstand. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit ihm bei allem, was für uns in Zukunft ansteht!

Verantwortlich: Mathias Staudenmaier

Berlin

Neuer Senat im Europa-Check

Am 29. November 2021 wurde der Koalitionsvertrag des neuen Berliner Senats vorgestellt. Dies nahm der Landesverband zum Anlass, das Dokument auf den europapolitischen Ehrgeiz der rot-grün-roten Koalition hin zu untersuchen. Eine Projektgruppe analysierte das Europakapitel und veröffentlicht die Ergebnisse auf der Webseite und den Social-Media-Kanälen des Verbands. Hier zeigte sich das tatkräftige Engagement der AG Kommunikation, in die sich etwa ein Dutzend Mitglieder aktiv einbringen.

Das Fazit: Die neue Landesregierung setzt einige europapolitische Impulse! Viele unserer politischen Forderungen finden sich im Koalitionsvertrag wieder. So will die neue Regierung die Staatliche Europa-Schule Berlin stärken, die vor mehr als 40 Jahren

auf Initiative der EUB entstand und heute an 34 Standorten einen Fokus auf Europa und Mehrsprachigkeit im Alltag setzt. Auch die Absicht des Senats, hier verstärkt in die Lehrkräftefortbildung zu investieren, begrüßt die Europa-Union Berlin (EUB).

Europabildung nimmt einen zentralen Platz im Europakapitel des Koalitionsvertrages ein. Es sind Angebote zur Weiterbildung von Lehrkräften und Verwaltungspersonal ebenso vorgesehen wie Entsendungen von Verwaltungsmitarbeitenden in andere europäische Länder. Dies ist aus Sicht des Landesverbands äußerst unterstützenswert.

Mit seinen zwölf Bezirken verfügt Berlin über ein breites Netz an Städtepartnerschaften. Hier liegt viel Potenzial für grenzüberschreitende Kontakte und persönliche Begegnungen, aber auch für Inspirationen zur künftigen Stadtentwicklung. Viele dieser Partnerschaften pflegten zuletzt eher ein Nischendasein. Der neue Senat möchte die Partnerschaften reaktivieren und deren Potenzial für ein modernes Europa der Regionen nutzen.

Und last but not least: „Bisher hat Berlin keine Europastrategie, was wir oft moniert haben. Wir freuen uns daher sehr, dass die neue Regierung eine solche erarbeiten und dabei gesellschaftliche Kräfte mit einbeziehen möchte. Als EUB stehen wir natürlich bereit, daran aktiv mitzuwirken“, so die Co-Vorsitzende Katharina Borngässer. Ihr Co-Vorsitzender Manuel Knapp ergänzt: „Diese Europastrategie kann den Rahmen für das nächste Jahrzehnt abstecken und Berlins Ziele in der Europapolitik definieren. Die vielen losen Enden werden so endlich verknüpft. Als Teil der Berliner Initiative zur Konferenz zur Zukunft Europas begrüßen wir das sehr.“

Der Landesverband wird die Umsetzung der geplanten Vorhaben des Berliner Senats in den kommenden Monaten und Jahren beobachten und auch im Rahmen der Parlamentarier:innen-Gruppe des Abgeordnetenhauses mit inzwischen 17 Mitgliedern eng begleiten.

Verantwortlich: Lisa Kühn

Sachsen

Neues Büro, neues Team!

Die gemeinsame Geschäftsstelle der Europa-Union und JEF Sachsen konnte zum Ende des Jahres 2021 ihre Arbeit in Dresden aufnehmen. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen den Vereinen und dem sächsischen Europa-ministerium Anfang November waren nun die nötigen Ressourcen vorhanden, um eine hauptamtliche Geschäftsstelle auszustatten und zwei neue Gesichter zu begrüßen.

Stefan Leier übernimmt die Geschäftsführung des Büros in Dresden und ist somit für die Mitgliederbetreuung und Verwaltung, die geschäftsführenden Aufgaben, Netzwerkarbeit und Korrespondenzen verantwortlich.

Laura Greiff koordiniert als Projektmitarbeiterin zukünftig Veranstaltungen, unter-



Gemeinsame Geschäftsstelle von EUD und JEF in Sachsen: Das neue Büro in der Dresdner Schützengasse wird im Frühjahr noch feierlich offiziell eröffnet. Fotos: EUD Sachsen

stützt die Ehrenamtlichen in der Organisation und Durchführung von Bildungsangeboten und ist mit zuständig für Belange der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Landesvorsitzende Katharina Wolf freut sich über die neue Geschäftsstelle: „Mit der Unterstützung unsere hauptamtlichen Mitarbeiter können wir uns noch besser auf die programmatische Arbeit konzentrieren und hoffentlich im kommenden Jahr viele Veranstaltungen und Projekte wieder in Präsenz umsetzen. Wir freuen uns über die Unterstützung des sächsischen



Justizministeriums und merken schon jetzt, nach nur zwei Monaten, dass viele Abläufe mit der Unterstützung der Geschäftsstelle besser koordiniert werden und

schneller zum Erfolg führen. So haben wir im Vorstand auch mehr Ressourcen, um Impulse zu setzen, Netzwerke auszubauen und wichtige Prozesse in unserem großen europäischen Projekt anzustoßen.“

Im Frühling wird das Büro, das im Umweltzentrum Dresden in historischem Ambiente angesiedelt ist, feierlich eröffnet. An der Eröffnung wird auch Katja Meier, die sächsische Staatsministerin für Justiz und Demokratie, Europa und Gleichstellung, teilnehmen.

Verantwortlich: Laura Greiff

Rheinland-Pfalz

Hilfe nach dem Hochwasser

Während am 16. Juli in Worms die Premiere der diesjährigen Nibelungenfestspiele stattfand, erlebte im Nordwesten des Landes das Ahrtal eine Katastrophe. Ein Jahrhunderthochwasser vernichtete in wenigen Minuten Existenzen. Auch 134 Menschen verloren ihr Leben. Häuser und die Infrastruktur wurden vernichtet. Die Mitglieder des Kreisverbands Worms erinnerten sich dieser außergewöhnlichen Situation, des Leids unzähliger Mitmenschen und zeigten sich solidarisch. Statt eines Beitrages zum Sommerfest im September und zum Klavierkonzert mit Dr. Bernd Braun im Lincoln-Theater am 22. Oktober bat der Vorstand um Spenden der Teilnehmer. 2000 Euro waren zusammengekommen, die nun Vereinsvorsitzender Dr. Jörg Koch und Schatzmeister Thorsten Neufeldt zwei vom Hochwasser betroffenen Europaschulen im Ahrtal überreichten.

Die eine Hälfte der Spende ging an die Berufsbildende Schule des Kreises Ahrweiler, die Schule, die am schlimmsten von der Naturkatastrophe betroffen war. Die anderen 1000 Euro überreichte Jörg Koch an Heribert Schieler. Bei einer Vor-Ort-Besichtigung zeigte der Schulleiter des Are-Gymnasiums in Bad Neuenahr den Besuchern aus Worms die Ruine der Schule. Das Are-Gymnasium ist inzwischen vollkommen entkernt, es be-

findet sich im Rohbauzustand. Unbrauchbar sind die neu installierten naturwissenschaftlichen Räume, die zum Beginn des Schuljahres 2021/22 eingeweiht werden sollten, die Mensa, das Sekretariat, die Säle der Unter- und Mittelstufe. Unwiederbringlich zerstört wurden auch das Schularchiv und die Bibliothek.

Viele der rund 800 Schülerinnen und Schüler, die derzeit im 15 Kilometer entfernten Remagen unterrichtet werden, sind traumatisiert, haben Heimat und Angehörige verloren. Zwar hat die Schulgemeinschaft überlebt, doch in unmittelbarer Nachbarschaft ertranken etliche Bewohner in den Fluten, mit deren ungewöhnlicher Wucht keiner hatte rechnen können. Mit Hochdruck entstand außerhalb und auf einer Anhöhe der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler eine Containerschule, in der ab Januar der Unterricht läuft. Nach seinen eindrucksvollen Schilderungen der Situation dankte Oberstudienleiter Heribert Schieler Jörg Koch und damit den Mitgliedern der Europa-Union Worms für die Solidarität, das Gedenken und die Spende, die bedürftigen Schülern zugute kommen soll.

Neuer Vorstand in Trier

Mehr als zwei Jahre nach dem Tod seines langjährigen Vorsitzenden Prof. Werner Lorig hat der Kreisverband Trier mit Matthias Rothengaß einen neuen Vorsitzenden gewählt.

Nach coronabedingt langer Pause konnte nun die Mitgliederversammlung stattfinden. Mit dabei war Horst Langes, langjähriges Mitglied des Europaparlaments, des Landtags und ehemaliger Staatssekretär. Langes, der kürzlich in Krakau persönlich mit dem polnischen Versöhnungspreis, dem Bischof-Tadeusz-

Pieronek-Preis, ausgezeichnet worden war, erinnerte in seinen Ausführungen nachdrücklich an die Gräueltaten des zweiten Weltkriegs und forderte die Anwesenden und insbesondere die junge Generation auf, das Werk von Versöhnung und Verständigung, auf dessen Basis die heutige Europäische Union entstehen konnte, sich bewusst zu machen und zu verteidigen.

Für den kurzfristig verhinderten Ernst-Ludwig Göpfert hielt Günter Densborn, beide Mitglieder des Landesvorstandes der Europa-Union, den Rechenschaftsbericht. Dabei ging er nochmals kurz auf die verschiedenen Veranstaltungen wie die Podiumsdiskussion zur letzten Europa-Wahl oder die Gedenkveranstaltung zum Grenzsturm in St. Germanshof ein.

Vera Prochnow gab für die zurückliegenden drei Jahre einen Überblick über die finanzielle Ausstattung des Kreisverbandes. Ihr wurde von den Kassenprüfern Monika Neumann und Ralph Herber eine vorbildliche Kassenführung und Dokumentation bescheinigt.

Bei der anschließenden Wahl wurden neben dem Vorsitzenden als weitere Mitglieder des Vorstandes Günter Densborn und Jan Weymeirsch zu stellvertretenden Vorsitzenden, Vera Prochnow zur Schatzmeisterin gewählt. Beisitzer sind Kaltrina Misini-Mani als Vertreterin der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), Dr. Márta Nagy-Rothengaß, Ernst-Ludwig Göpfert und Roman Zaplatynski. Die beiden Kassenprüfer wurden im Amt bestätigt.

Der neue Vorsitzende, Matthias Rothengaß, brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die äußeren Umstände nun wieder vermehrt Aktivitäten und Veranstaltungen zulassen, um der europäischen Idee eine hörbare Stimme in der Region zu geben.



Übernahm den Vorsitz in
Trier: Matthias Rothengaß



Dr. Jörg Koch (r.) überreicht Schulleiter Heribert Schieler die Spende des KV Worms.
Fotos: EUD Rheinland-Pfalz

Verantwortlich: Esther Pasternak

Nordrhein-Westfalen

Trauer um Gabriele Racka-Watzlawek

In der Nacht auf den 15. Januar 2022 verstarb unsere langjährige Freundin und Mitstreiterin Gabriele Racka-Watzlawek.

Ihre EUD-Mitgliedschaft begann im Jahr 1985 und sie bekleidete über Jahrzehnte die Funktion als Vorsitzende der Europa-Union Solingen und war in dieser Zeit auch auf der Landesebene sehr präsent.



Gabriele Racka-Watzlawek war eine engagierte Europäerin.
Foto: EUD NRW

Von November 1976 bis Juli 2019 war sie als Hauptschullehrerin und zuletzt als Schulleiterin tätig.

Über mehrere Jahrzehnte war Gabriele Racka-Watzlawek die Kreisvorsitzende der Europa-Union Solingen. Über viele Jahre war sie im Landesvorstand vertreten und brachte sich regelmäßig als Delegierte auf Landes- und Bundeskongressen ein. Ein besonderes Anliegen war ihr stets, junge Menschen für ein geeintes und demokratisches Europa zu begeistern. So war ihr das Vermitteln von europäischen Aspekten im Schulalltag sehr wichtig.

Im Jahr 2019 wurde ihr auf der Landesversammlung in Gelsenkirchen in Auszeichnung ihrer verdienten Mitgliedschaft die Ehrennadel der Europa-Union Deutschland verliehen.

Dankbar und traurig zugleich müssen wir uns von einer engagierten Europäerin und einem guten Menschen verabschieden. Gabriele Racka-Watzlawek hinterlässt ihren

Ehemann und ihren Sohn, die beide ihre Europaarbeit unterstützt haben und ihr Lebenswerk fortsetzen.

Gabriele Racka-Watzlawek hat sich um die Europa-Union verdient gemacht. Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Gemeinsame Sitzung

Eine neue Tradition des Landesverbandes wurde auch mit dem neugewählten EUD-Landesvorstand fortgesetzt: Am 17. Januar fand eine gemeinsame Online-Sitzung der Landesvorstände von EUD und JEF statt.

Ein großes Thema war die internationale Bildungsfahrt der JEF NRW nach Wien und Budapest, welche für den 2. bis 8. April geplant ist. Am 3. April finden in Ungarn Parlamentswahlen statt und die JEF NRW hat bereits seit längerer Zeit einen guten Kontakt zur neuen JEF-Sektion in Ungarn.

Weitere Themen waren die Stärkung der Zusammenarbeit auf Kreisverbandsebene, sowie Planungen und Projekte für das Jahr 2022.

Projekt: Zukunft Europas

Der Landesverband beschäftigt sich auch weiterhin mit der Zukunft der Europäischen Union, wobei der derzeitige Fokus auf der Begleitung der Konferenz zur Zukunft Europas liegt. Die Europa-Union NRW beteiligte sich gemeinsam mit anderen Landesverbänden an einem Gespräch zu transnationalen

Listen am 24. Januar (Berichterstattung auf Seite 4 in diesem Blatt). Auch wurden eigene Online-Veranstaltungen angeboten: am 17. Februar zur technologischen Entwicklung gemeinsam mit dem KV Monheim und am 23. Februar zur digitalen Zukunftsfähigkeit. Das Projekt soll auch im Jahr 2022 weitergeführt werden.

Landtagswahlen 2022

Am 15. Mai finden kurz nach der Europawoche die nächsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen statt. NRW ist das größte deutsche Bundesland und geschichtlich und geografisch tief in Europa verankert. Dies hat auch die Aufnahme des Europabezuges in die Landesverfassung im Jahr 2020 noch einmal besonders betont. Deswegen ist es wichtig, dass europäische Themen auch bei der Landtagswahl eine Rolle spielen.

Die Europa-Union NRW als überparteiliche Institution möchte sich dafür einsetzen, diese europapolitischen Diskussionen zu fördern. Hierzu soll das im Kreisverband Bocholt erprobte Format der „Europäischen Wahlarena“ auch in anderen Kreisverbänden durchgeführt werden. Ebenso ist die Erstellung von Wahlprüfsteinen geplant.

Auch ist die Wahl eines neuen Landtages für den Landesverband ein willkommener Anlass, einen neuen Anstoß für die Gründung einer Parlamentariergruppe im Landtag NRW zu geben. Wir hoffen, dass sich diese Gruppe bis zum Ende des Jahres zusammenfinden kann.

Verantwortlich: Simon Gutleben



Im April wird in Ungarn ein neues Parlament gewählt. Die JEF plant im Vorfeld eine Bildungsfahrt nach Budapest und Wien.
Foto: Kathrin Finke

Niedersachsen

Am Ziel festhalten!

Die neue Bundesregierung will sich laut Koalitionsvertrag für die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einem föderalen europäischen Bundesstaat einsetzen. Ferner sollen in der seit Mai laufenden Konferenz zur Zukunft Europas notwendige Reformen angestoßen werden und diese in einen verfassungsgebenden Konvent münden. Dann ist doch alles in Ordnung?

Nun: Es sollte Einigkeit bestehen, dass in Anbetracht der vielfältigen existenziellen Herausforderungen, mit denen wir in diesen Tagen konfrontiert sind, gemeinsames europäisches Handeln überlebenswichtig ist. Aus der Sicht der Europäischen Föderalisten ist es höchste Zeit, das europäische Einigungsprojekt zukunftssicher zu machen.

Kurzfristig erwarten wir von der neuen Bundesregierung folgende Schritte: eine effektive Koordinierung und Steuerung der Europapolitik, welche mit ausreichenden Mitteln und Kompetenzen ausgestattet ist. Es besteht auf diesem Feld dringender Nachbesserungsbedarf, zumal schon die ersten Tage des Regierungshandelns Befindlichkeiten zwischen dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt gezeigt haben. Alle Möglichkeiten der bestehenden Verträge für ein handlungsfähiges Europa müssen ausgeschöpft werden. Als Europa-Union wünschen wir uns einen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen auf allen Politikfeldern. Von der Konferenz zur Zukunft Europas erwarten wir mehr als nur Programmsätze der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Die inhaltliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger muss substantiell und ergebnisoffen sein!

Wir erwarten die Stärkung des Spitzenkandidatenprinzips bei der Europawahl 2024 mit der Wahl eines Teils der Abgeordneten des Europäischen Parlaments über transnationale Listen. Die Europa-Union in Niedersachsen – im Übrigen in der Corona-Pandemie der Landesverband mit

der größten Wachstumsdynamik! – sieht ihre Aufgabe weiterhin in der kritischen Begleitung der Europapolitik sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundes- und EU-Ebene. Wir wollen die anstehenden Landtagswahlen nutzen, unsere program-matischen Vorstellungen in die Wahlprogramme der europafreundlichen Parteien einfließen zu lassen. Dabei wollen wir unsere große Stärke nutzen, Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Parteien im Rahmen unserer Diskussionsforen zusammenzubringen und laden ein, mit uns als Vertreterinnen bzw. Vertretern der Zivilgesellschaft einen offenen Diskurs zu führen. Denn eines unserer Leitmotive lautet: #BesserZusammen.

Seminar am Wochenende

„Wie weiter mit der Europäischen Union?“ – So hieß das Seminar, zu dem der Landesverband Ende November eingeladen hatte, gemeinsam mit der JEF und den Europäischen Föderalisten Oldenburg und unter Trägerschaft der örtlichen VHS.



Endlich wieder in Präsenz zusammenkommen: Impression aus dem Wochenendseminar „Wie weiter mit der EU?“
Foto: Thiel

Gerade noch rechtzeitig vor weiteren einschränkenden Coronamaßnahmen konnten die Anwesenden sich in Oldenburg unter optimalen Bedingungen fachkundig informieren und miteinander beraten.

Grundlage und Ausgangspunkte waren die sachkundigen Beiträge der bei-

den MdEPs Viola von Cramon-Taubadel (Schwerpunkt Osteuropa, Berichterstat-terin für die Beziehungen zu den Staa-ten des Westbalkans) und Tiemo Wölken (rechtspolitische und aktuelle europä-ische Fragen) sowie der Vortrag zu den historischen Hintergründen in Osteuropa durch Dr. Dr. Gerald Volkmer (Bundesins-titut für Kultur und Geschichte). Christian Moos, Generalsekretär der Europa-Union Deutschlands, ergänzte per Videoschal-tung und erweiterte die Diskussion um den derzeitigen Stand der Diskussion zur Konferenz zur Zukunft Europas.

Sehr lebendig wurden die Vorträge und Diskussionen unterbrochen mit der Präsentation einer neuen Idee von Prof. Dr. Marga Pröhl, die ein Pilotprojekt aus Osnabrück vorstellte: Die Gestaltung ei-ner Online-Regionalakademie als moder-nes Informations- und Dialoginstrument für die Europa-Union. Komplettiert wur-de die Veranstaltung von Dennis Zager-mann aus Hamburg, der in die Fragen einer nachhaltigen Gestaltung im Be-reich der europäischen Wirtschaft- und Finanzpolitik (Green Deal) einführte und Hoffnung auf notwendige Änderungen

machte. Insgesamt eine gelungene Ver-anstaltung, die einerseits eine Aufbruch-stimmung (Regierungserklärung zum Thema Europa) erzeugte, aber auch die Schwierigkeiten insbesondere in Osteu-ropa deutlich machte.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Saar

Online-Kolloquium

Als Reaktion auf die unkoordinierten Grenzschießungen zu Beginn der Corona-Pandemie mit vielen negativen Auswirkungen in der Region hat der Landesverband Saar ein Strategiepapier zur Föderalisierung und Demokratisierung Europas entwickelt. Damit wollen wir ein selbstbestimmtes Zusammenleben in den Grenzregionen fördern, das lokale, angemessene Lösungen ermöglicht. Die Freizügigkeit ist ein europäisches Grundrecht. Seine Einschränkung schade dem Vertrauen in das europäische Projekt, heißt es in dem Papier.

Der Landesverband hält die föderale Entwicklung des europäischen Projekts für die einzige Option für die Zukunft. „Die Institutionen der EU müssen weiter demokratisiert werden und nationale Hoheitsrechte zugunsten der Bildung einer europäischen Föderation eingeschränkt werden, um die Nationalstaaten irgend-

wann ganz zu überwinden“, so die Landesvorsitzende Margriet Zieder-Ripplinger.

Seit über einem Jahr bereitet der Landesverband zusammen mit föderalistischen Partnerverbänden aus der Großregion und der Oberrhein-Region auf Grundlage dieses Strategiepapiers ein wissenschaftlich-politisches Kolloquium vor. Nach vielen Planungsschwierigkeiten durch die Pandemie wird es nun als Online-Veranstaltung am 6. März 2022 unter dem Titel „Mehr Europa durch transnationale Regionen“ stattfinden.

In Expertengesprächen und Arbeitsgruppen wollen wir herausfinden, wie die beiden europäischen Kooperationsräume Großregion und Oberrhein-Region Keimzellen einer föderalen europäischen Republik werden können.

Für die Eröffnungsrede konnten wir den Luxemburger Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, gewinnen. Die Europarechtler Prof. Dr. Thomas Giegerich (Universität des Saarlandes), Prof. Dr. Christian Calliess (FU Berlin) und Prof. Dr. Annegret Eppler (Hochschule Kehl)

werden Antworten zu den rechtlichen Dimensionen der neuartigen europäischen Gebietskörperschaften geben, die das Strategiepapier vorschlägt.

Danach folgen vier parallele Online-Arbeitsgruppen, an denen sich die Zuschauerinnen und Zuschauer aktiv beteiligen können. Die Themen sind: europäische Regionalparlamente, Budgets der europäischen Gebietskörperschaften, Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Beispiel des Gesundheitsbereichs und Umsetzungsschritte für ein föderales Europa der Regionen. Im Anschluss diskutieren politische Expertinnen und Experten die Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Bestätigt haben ihre Teilnahme Karl-Heinz Lambertz, Parlamentspräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Christophe Arend, Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, die saarländische Europaabgeordnete Manuela Ripa und der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Josha Frey.

Verantwortlich: Jonas Heintz



Sachsen-Anhalt

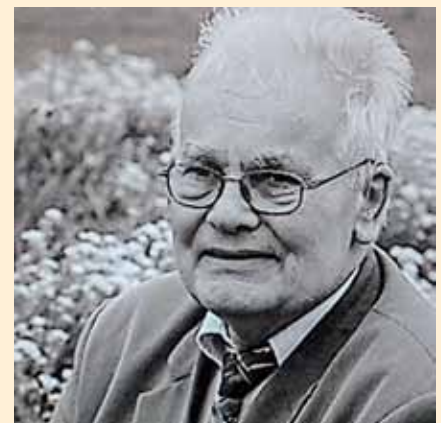
Trauer um Martin Kramer

Der Landesverband und der Kreisverband Magdeburg trauern um ein langjähriges Mitglied: Martin Kramer. Er verstarb am 1. Januar im Alter von 88 Jahren in Magdeburg. Wir verlieren mit Ihm einen engagierten Streiter für die europäische Integration, der sich mit scharfem Verstand und klarem Kompass für die Ziele der Europa-Union einsetzte.

Zuletzt war der Theologe von 1998 bis 2000 als Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt tätig. Auch in der Lokalpolitik war Martin Kramer aktiv und engagierte sich über viele Jahre für seine Mitbürgerinnen und Mitbürger im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg.

Unser tief empfundenes Beileid gilt seiner ganzen Familie und seinen zahlreichen Freunden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bereiten.

Thomas Rieke und Mathias Strübig



Martin Kramer

Foto: Evangelische Kirche in Mitteldeutschland

Schleswig-Holstein

Mit frischem Wind ins neue Jahr

Der Landesverband ist mit frischem Wind ins neue Jahr gestartet. Nach mehreren Monaten mit personellen Engpässen ist die Landesgeschäftsstelle in Kiel jetzt wieder voll besetzt. Ralf Rose hat die Landesgeschäftsführung übernommen. Der 38-Jährige ist schon seit vielen Jahren aktives Mitglied der Europa-Union, etwa als stellvertretender Kreisvorsitzender der JEF Kiel, als Teamer auf Europaklassenfahrt sowie als Moderator von Versammlungen und europapolitischen Diskussionsrunden. Bislang war Ralf Rose aber öfter zu hören als zu sehen. Unter anderem für Deutschlands ersten Privatradiosender R.SH ist er in den letzten elf Jahren als Rundfunkjournalist tätig gewesen und erarbeitete sich schon dort den Spitznamen des „Brüssel-Berichterstatters“. „Europa ist und bleibt mein Herzenthema und ich freue mich riesig, dass ich dafür jetzt meine ganze Kraft und Begeisterung einbringen kann“, so der zweifache Vater.

Das gesamte Team der Landesgeschäftsstelle der Europa-Union Schleswig-Holstein (EUSH) ist nun hochmoti-



Neu an Bord: Landesgeschäftsführer Ralf Rose

viert und hat sich für 2022 einiges vorgenommen: Neben der Pflege und dem Ausbau der politischen Bildungsarbeit ist eine Reihe von Veranstaltungen geplant, etwa zum „Europäischen Jahr der Jugend“ oder zur französischen Ratspräsidentenschaft. Auch die Landtagswahl am 8. Mai in Schleswig-Holstein will die EUSH begleiten und den Parteien auf den „europäischen Zahn“ fühlen.

Norderstedt

Immer am Ball bleiben! Champions League, Europa League und auch Regionalliga – dass europäische Politik auch etwas mit Sport zu tun hat, zeigte der Ortsverband. Anfang November gab es ein sportpolitisches Gespräch beim Regionalligisten FC Eintracht Norderstedt. Mit dabei waren unter anderem Oberbürgermeisterin Elke Christina Roeder, die SPD-Landtagsabgeordnete Katrin Fedrowitz, der Grünen-Bundestagsabgeordnete Bruno Hönel aus Lübeck sowie der Ortsverbandsvorsitzende Michail Kalpakidis. Empfangen wurden die Gäste von Eintracht-Präsident Reenald Koch, der seinen Verein vorstellte, durch Stadion und Räumlichkeiten führte und von den aktuellen Entwicklungen in der Corona-Pandemie berichtete. Ein Thema war dabei die Nachwuchsgewinnung. Katrin Fedrowitz erklärte, dass es in Norderstedt trotz vieler Vereine nicht alle Kinder und Jugendlichen, die Fußball spielen wollen, einen Anmeldeplatz finden.

Auch die Tendenz, dass sich immer weniger Menschen ehrenamtlich engagieren, etwa als Schiedsrichter oder Vorstandsmitglieder, ist ein Dauerproblem – nicht nur bei Sportvereinen. Zu den Gründen gehören unter anderem die große Verantwortung und Haftungsrisiken, die Vorstandsmitglieder unter Umständen tragen, was oftmals abschreckend wirkt. Hier sollte die Politik stärker Einfluss nehmen, um die Vereinsvorstände von Risiken freizuhalten. In dieser Hinsicht sind die Norderstedter noch gut dabei: „Eintracht Norderstedt ist vor allem durch das überdurchschnittliche Engagement seiner Mitglieder und des Vorstandes ein gut aufgestellter Sportverein“, stellte Katrin Fedrowitz fest.



Initiierte ein sportpolitisches Gespräch in Norderstedt: der Ortsverbandsvorsitzende Michail Kalpakidis (r.), hier mit Bruno Hönel MdB.

Fotos: EUD Schleswig-Holstein

Michail Kalpakidis lobte die Integrationsleistung des FC: „Fußball erfüllt hier eine wichtige soziale Funktion, da Sport eine der besten Möglichkeiten bietet, um Menschen ins soziale Gefüge einzubinden und einen respektvollen Austausch zwischen unterschiedlichen Kulturen ermöglicht.“ Ähnlich bewertete Bruno Hönel die Situation: „Ich bin dankbar für den offenen und direkten Austausch beim Besuch des FC Eintracht Norderstedt. Sportvereine wie dieser mit all ihren Ehrenamtlichen leisten einen sehr wertvollen Beitrag für die Gesellschaft. Auf und neben dem Platz spielt die Herkunft keine Rolle. Der Mannschaftssport bringt Menschen zusammen. Dass der Fußball vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendmannschaften in Norderstedt starken Zulauf hat, freut mich dabei besonders. Klar ist aber auch: Es gibt Herausforderungen, bei denen die Politik die Weichen neu stellen muss – etwa, was die Attraktivität des Ehrenamts und die undurchsichtige Förderlandschaft angeht.“

Abschließend stattete Hönel auch der Europa-Union Norderstedt noch einen Besuch ab, bei dem es einen angeregten Austausch über aktuelle Geschehnisse in der Bundes- und Europapolitik gab. Alles in allem wurde die Veranstaltung als Volltreffer verbucht, auch ohne Torwand.

Verantwortlich: Ralf Rose

Brandenburg

Erkennungszeichen „Anstecknadel“

Deutschland und Polen teilen sich auf fast 461 Kilometern eine gemeinsame Grenze. Davon liegt mehr als die Hälfte an der Grenze zu Brandenburg. Da ist es naheliegend, dass die Beziehungen zwischen Brandenburg und Polen besonders eng sind. Das gilt auch für die Europa-Union Brandenburg. Eine besondere Freude war es deshalb für die im Sommer neu gewählte Landesvorsitzende Dr. Mechthild Baumann als sie kurzfristig von der deutschen Generalkonsulin in Danzig, Cornelia Piper, die Einladung zur „Deutschen Woche der Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft“ bekam. Die Organisation der Reise übernahm Verena Hedtke aus dem Kreisverband Havelland, so dass sich am 1. Oktober eine 15-köpfige Gruppe aus Brandenburg auf den Weg nach Danzig machen konnte. Auf die Reisenden aus den Kreisverbänden Havelland, Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Uckermark wartete ein abwechslungsreiches Programm in der einstigen Hansestadt.



Viel zu sehen in Danzigs Altstadt! Die Reisegruppe beim Stadtrundgang
Foto: EUD Brandenburg

Nach der Einstimmung mit einem gemütlichen Abendessen wartete am zweiten Tag ein Stadtrundgang durch die wunderschöne Altstadt. Unter den fachkundigen Ausführungen von Stanislaw Chyla erkundete die Gruppe die Sehenswürdigkeiten wie den Langen Markt, den Neptunbrunnen, den Artus-Hof und die Marienkirche mit der Astronomischen Uhr von Hans Düringer aus dem 15. Jahrhundert. In der Alt-

stadt zeigt sich noch an vielen Stellen die deutsche Vergangenheit Danzigs. Schließlich gehörte Danzig zum Deutschen Orden, war Hansestadt und wurde 1871 Teil des Deutschen Reichs, bevor es dann erst im Jahr 1945 polnisch wurde. Die Danziger Bürger legten immer großen Wert auf die Unabhängigkeit der Stadt. So verstanden es die Stadtväter durch alle Epochen und unabhängig von den politischen Gegebenheiten, den Status als „Freie Stadt“ und die damit verbundenen Sonderrechte zu erhalten. Da wundert es auch nicht, dass Danzig der Ausgangsort der Solidarnosc-Bewegung war, die nicht nur den Kommunismus in Polen zu Fall, sondern im gesamten restlichen Ostblock ins Wanken brachte. Diese Bewegung ließ förmlich den Mörtel in den Fugen des „Antikapitalistischen Schutzwalls“ bröckeln und schuf so ein Klima, in dem die deutsche Wiedervereinigung erst möglich wurde.

Vor diesem historischen Hintergrund stand als besonderes Highlight am Vorabend des 3. Oktober der Besuch des Musicals „The Wall“ mit dem deutschen Honorarkonsul Jaroslaw Kuropatwinski und Schülerinnen und Schülern aus Bromberg im Europäischen Solidarnosc-Zentrum

auf dem Programm. Beim anschließenden Get-together ergab es sich dann, die frisch geknüpften Kontakte zur Europa-Union Hessen zu vertiefen. Denn aus Kassel hatte sich ebenfalls eine Reisegruppe auf den Weg hierher gemacht. Wie es der Zufall wollte, saßen beide Reisegruppen während der Zugfahrt nach Danzig unverhofft im selben Waggon. Als „Erkennungszeichen“ diente übrigens die Europa-Union-Anstecknadel, über die man bereits im Zug ins Gespräch kam, das man gerne am Abend bei einem Glas Wein weiterführte.

Bevor man sich am Sonntag wieder auf den Heimweg machte, war noch Zeit für einen Besuch im Europäischen Solidarnosc-Zentrum – gerade am Tag der Deutschen



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

1/2022

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i.S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5.3.2022
Annahmetermin für Ausgabe 2/2022 21.3.2022
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

Einheit ein besonderes und bewegendes Erlebnis! Neben den kulturellen Eindrücken zeigten sich alle von der sehr guten Gruppendynamik begeistert, so dass bereits im Zug Ideen für weitere Reisen gesponnen wurden, bei denen dann auch der Austausch mit europäischen Organisationen vor Ort gesucht werden sollte.

Verantwortlich: Ines Friedrich

Mehr Dynamik fürs Tandem?

Weichenstellungen in Deutschland und Frankreich

Es war ein bewegender Abschied, den ihr Emmanuel Macron bereitete. Die versammelte Menschenmenge im französischen Weinort Beaune bedankte sich jubelnd bei Angela Merkel, die sich nach 16 Jahren als Bundeskanzlerin offiziell verabschiedete. Dabei hatte sie mit dem französischen Staatspräsidenten, wie bereits bei seinen drei Amtsvorgängern, so manche Startschwierigkeiten. Sinnbildlich für die schwierige, aber am Ende doch erfolgreiche Annäherung stehen die Unterzeichnung des Aachener Vertrages und der Abschluss des europäischen Wiederaufbaufonds.

Etwas verhaltener fiel die Reaktion auf die vergangene Zusammenarbeit bei den rund 160 Teilnehmenden des deutsch-französischen Online-Bürgerdialogs im Oktober 2021 aus. Mehr als die Hälfte von ihnen hält die Geschwindigkeit des Tandems für zu langsam. Für neuen Schwung könnte die neue Regierung unter Olaf Scholz sorgen, der als ehemaliger Vizekanzler und Finanzminister in den Augen des Élysée-Palastes für Kontinuität steht. Dass das kein Widerspruch sein muss, zeigt das Europakapitel im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition.

Dass nach langer Zeit in Berlin wieder ein politischer Gestaltungsanspruch formuliert wird, ist auch als Zeichen in Richtung Paris zu werten: Deutschland ist bereit, seine Rolle im Tandem stärker wahrzunehmen und nicht mehr – nach französischer Lesart – ständig auf der Bremse zu stehen. So stimmen die Koalitionäre Macron zu, dass die EU strategisch souveräner und politisch handlungsfähiger sein muss. Viele Beobachter in Frankreich sehen darin die indirekte Antwort auf seine Sorbonne-Rede 2017.

Mit dem visionären Leitbild eines europäischen Bundesstaates geht die Bundesregierung über die Reformvorschläge Frankreichs sogar hinaus. Obgleich Macron zuletzt erklärte, er sei bereit, Ideen für institutionelle Weiterentwicklungen und Vertragsänderungen im Zuge der Konferenz zur Zukunft Europas zu diskutieren, ist er verhalten gegenüber der Umsetzung konkreter Vorschläge. Die Stär-

kung des EU-Parlaments durch ein klares Spitzenkandidatenprinzip oder die Einberufung eines verfassungsgebenden Konvents entsprechen nicht unbedingt seinen Vorstellungen eines neuen Gründungs-Elans.

Gleichzeitig richtet die Ampel-Koalition ihre europapolitischen Positionen an der grundsätzlichen Haltung der Vorgängerregierungen aus. Dadurch zeichnen sich bereits die „traditionellen“ Konfliktthemen in der deutsch-französischen Zusammenarbeit ab, die durch die Programme der Koalitionsparteien noch einmal an Schärfe gewinnen könnten: ob nun in der EU-Klima- und Energiepolitik der Grünen (Vorschlag zur EU-Taxonomie), in der europäischen Fiskalpolitik der FDP (Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie zeitliche und finanzielle Begrenzung des Wiederaufbaufonds) oder in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD (Ukraine-Konflikt und die Haltung gegenüber Russland).

Die Lösung liegt wie so oft in der Kompromissfähigkeit der beiden Regierungen und in der engen Abstimmung mit den europäischen Partnern. Man könnte meinen, der aktuelle EU-Ratsvorsitz Frankreichs ist eine Chance, um Europa voranzubringen. Er birgt aber auch Risiken. Denn obwohl Macron sich mit einer anspruchsvollen Agenda (Reform des Schengenraums, CO2-Steuer, Strategischer Kompass, etc.) viel vorgenommen hat, kann das Erfolgspotenzial wesentlich von den französischen Präsidentschaftswahlen im April 2022 beeinträchtigt werden.

Diese bewusste Zusammenlegung wird Macron nutzen, um die zu Beginn seiner Amtszeit postulierten Europavisionen voranzutreiben und sich als EU-Taktgeber zu

präsentieren. Europa wird damit wie 2017 zum Wahlkampfnarrativ, auch wenn sich der Diskurs in Frankreich durch den Wegfall der expliziten EU- und Euro-Austrittsforderung der politischen Ränder seitdem geändert hat.

Wie schwierig dieser Balanceakt ist, konnte man gleich zu Beginn der EU-Ratspräsidentschaft beobachten, als sich die bürgerliche und extreme Rechte über die Europaflagge am Pariser Triumphbogen empörte. Zuletzt nutzten mehrere Europaabgeordnete aus Frankreich, allen voran der Präsidentschaftskandidat der Grünen, Yannick Jadot, die Rede von Macron im Europäischen Parlament, um ihn für seine nationale Politik zu kritisieren.



Nach bis Ende Juni prangt das Logo der französischen Ratspräsidentschaft am Berlaymont-Gebäude.
Foto: Europäische Union

Trotz anhaltender Spannungen im Land stehen die Chancen auf eine zweite Amtszeit laut Umfragen gut für Macron, der seine Kandidatur bis Mitte März bekanntgeben dürfte. Noch viel entscheidender könnten allerdings die Parlamentswahlen sein, die im Juni stattfinden. Da es Macrons Partei weiterhin an lokaler Verankerung fehlt, könnte es zu einem Wechsel der politischen Machtverhältnisse kommen. Erst danach wird klar sein, welche Dynamik das neue Duo Scholz-Macron wirklich entfalten kann. Der Aachener Vertrag oder ein neuer strategischer Dialog bilden gute Voraussetzungen. Und solche Momente, wie in den Straßen von Beaune: Sie erinnern uns bei allen Differenzen daran, wie tief unsere Freundschaft mittlerweile geworden ist.

Florian Staudt,
Europa-Union Berlin